

Die Linke
im Parteiensystem
der Bundesrepublik

Vom Mehrheitsbeschaffer zur Randpartei?

Udo Baron/Manfred Wilke

Das Parteiensystem der Bundesrepublik hat sich in den Jahren seit der deutschen Einheit nachhaltig verändert. In den 1990er-Jahren dominierten zwar noch die beiden großen Volksparteien SPD und CDU eine geteilte Parteienlandschaft, denn sie konnten noch mit einem einzigen kleineren Koalitionspartner Regierungen im Bund und in den Ländern bilden. Doch der Versuch der demokratischen Parteien, die SED-Fortsetzungspartei PDS politisch zu isolieren, scheiterte in den neuen Bundesländern an der SPD, die die PDS als Koalitionspartner brauchte, um Landesregierungen ohne die CDU in Mecklenburg-Vorpommern, in Berlin und zuletzt in Brandenburg bilden zu können.

Mit der vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder im März 2003 verkündeten Agenda 2010 begann eine erneute Veränderung des scheinbar festgefügt, aber verschiedenen Parteiensystems in West- und Ostdeutschland. Die klaren Unterschiede begannen sich in Richtung einer gesamtdeutschen Parteienlandschaft zu wandeln. Die SPD bezahlte ihre neue Sozialpolitik mit der Abspaltung der gewerkschaftlichen Linken, die sich in der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) sammelte, um bei der Bundestagswahl 2005 gegen die SPD anzutreten. Damit war die organisatorische Voraussetzung für die Westausdehnung der PDS geschaffen. Sie fusionierte mit dieser sozialdemokratischen Abspaltung, trat als Linkspartei.PDS bei der Bundestagswahl

2005 an und konnte in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag einziehen. Während nunmehr die Grünen, die FDP und die Linkspartei beziehungsweise ab Mitte Juni 2007 Die Linke stetig wuchsen, verloren die beiden Volksparteien zunehmend an Mitgliedern und Wählern. Die nach 1966 zweite Große Koalition aus SPD und CDU/CSU zwischen 2005 und 2009 war die politische Konsequenz aus der Ausdifferenzierung des überkommenen Parteiensystems der alten Bundesrepublik.

Bei den Bundestagswahlen 2009 schien sich dieser Prozess umzukehren. Den Unionsparteien gelang es, mithilfe der FDP die Regierung zu bilden, weil die FDP ein Rekordergebnis von 14,6 Prozent der Wählerstimmen erzielte. Nach zwei Jahren bürgerlicher Koalition verlor die FDP jedoch in der Öffentlichkeit und bei den Wählern jeglichen politischen Kredit. Eine Fortsetzung von Schwarz-Gelb über das Jahr 2013 hinaus setzt deshalb ein politisches Wunder voraus.

Zwangsläufig rückt dadurch für die Unionsparteien vor allem die SPD als künftiger Koalitionspartner wieder verstärkt in den Blickpunkt. Die Aussetzung der Wehrpflicht durch die Partei der Wehrpflicht, die weitgehende Einführung eines Mindestlohns und der Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima sind Indikatoren dafür, dass sich die CDU auf die SPD zubewegt. Die SPD wiederum kann in dem sich abzeichnenden Lagerwahlkampf zwar weiterhin auf

die noch starken Grünen setzen. Doch dass auch bei der Partei von Jürgen Trittin und Renate Künast die Bäume nicht in dem Himmel wachsen, haben vor allem die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus vom Herbst 2011 gezeigt. Zwar erreichten SPD und Grüne eine knappe Mehrheit, aber die Grünen zerstörten durch ihr Auftreten die Koalitionsverhandlungen mit der SPD, woraufhin sich diese der CDU zuwandte. Das öffentliche Interesse war nunmehr auf Rot-Schwarz in Berlin gerichtet, sodass der politische Absturz der Partei Die Linke nur wenig Beachtung fand. Dabei war Die Linke seit den letzten Bundestagswahlen von 11,9 Prozent auf nunmehr sechs bis sieben Prozent in den Umfragen der führenden Meinungsforschungsinstitute abgerutscht. Gysis Traum von einer vereinigten Linken in Gestalt einer möglichen rot-rot-grünen Koalition im Bund und in den Ländern blieb erneut eine realistische Option versagt.

Schien die Linkspartei lange für SPD und Grüne das Zünglein an der Waage zu sein, um die schwarz-gelbe Bundesregierung 2013 in Berlin abzulösen, so führt ihr Bedeutungsverlust dazu, dass die beiden großen Volksparteien allein aus machtarithmetischen Gründen von nun an wieder vermehrt aufeinander angewiesen sind. Hinzu kommt, dass die SPD nach dem „Ypsilanti-Debakel“ in Hessen hinsichtlich der Debatte über rot-rote Koalitionen vorsichtiger geworden ist. In NRW hat sie mit den Grünen eine Minderheitsregierung gebildet, die sich von Fall zu Fall von der Linkspartei im Landtag unterstützen lässt, ohne dass Tolerierungsabsprachen getroffen worden wären. Dennoch ist und bleibt für die SPD Rot-Grün bei der Bundestagswahl 2013 eine Option. Nicht ohne Grund hat der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel Ende 2011 einen rot-grünen Lagerwahlkampf angekündigt.

Unübersehbar hat sich die Rolle der Partei Die Linke seit der Bundestagswahl

2008 im deutschen Parteiensystem von einem möglichen Koalitionspartner für die SPD zu einer Randpartei verschoben. Ein selbst zu verantwortender Faktor für diesen Bedeutungsverlust war vor allem der im Vorfeld ihres Erfurter Bundesparteitags vom 21. bis 23. Oktober 2011 offen ausgetragene Richtungsstreit.

Die Linke im Jahr 2011/12

Der Parteitag verabschiedete schließlich das neue Grundsatzprogramm. Bereits im Vorfeld hatten die Parteivorsitzenden und weitere Führungspersonlichkeiten zur Geschlossenheit gemahnt und darauf hingewiesen, die erzielten Kompromisse nicht mit einer neuen Grundsatzdiskussion zu gefährden. Dieser Mahnung folgend, stimmten von den 519 anwesenden Delegierten 503 (96,9 Prozent) bei vier Gegenstimmen und zwölf Enthaltungen für den vom Bundesvorstand vorgelegten Programmtext. In einem abschließenden Mitgliederentscheid, an dem sich 48,86 Prozent der Parteimitglieder beteiligten, stimmten 95,81 Prozent für das neue Grundsatzprogramm und setzten es somit in Kraft.

Bei seiner Formulierung konnte sich der sozialistisch-kommunistische Flügel gegenüber dem auf eine Regierungsbeteiligung im Bund und den Ländern orientierten pragmatischen Flügel durchsetzen. Zwar lässt das Programm Regierungsbeteiligungen zu, sie sind aber an die Einhaltung unverrückbarer Grundvoraussetzungen gebunden. So heißt es unter anderem, an einer „Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt [...] werden wir uns nicht beteiligen.“ Regierungsbeteiligungen sind dadurch für Die Linke zumindest im Bund fast ausgeschlossen.

Generell schreibt das Grundsatzprogramm in erster Linie die politisch-ideo-

logischen Positionen der Sozialisten innerhalb der Partei fort. Es orientiert sich ebenfalls an den klassischen kommunistischen Bedrohungsszenarien, skizziert eine globale und nationale Bedrohung der Menschheit durch den Kapitalismus und mündet unter anderem in der Behauptung: „Deutschland ist eine Klassengesellschaft.“ Dabei bedient sich Die Linke klassischer marxistischer Termini, wenn sie von der „Klasse der Kapitalisten“ spricht, eine „gemeinsame Klassenlage“ aller Lohnabhängigen beschwört und ein fehlendes „Klassenbewusstsein“ der Arbeitnehmer in Deutschland bemängelt, die unerlässliche Voraussetzung, um „die kapitalistische Herrschaft und Ausbeutung zu beschränken“. Als Alternative fordert die Linkspartei eine „grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft“, womit inhaltlich die soziale „Revolution“ gemeint ist. Sie wird im Programm von einem Substantiv auf ein Adjektiv reduziert, in „Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe“, um eine „von Klassenschranken befreite Gesellschaft“ zu errichten.

Kommunistisches Bekenntnis

Um den Bruch mit dem bestehenden System zu erreichen, will Die Linke die Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse radikal verändern. Strukturbestimmende Großbetriebe der Wirtschaft, der Daseinsvorsorge, der gesellschaftlichen Infrastruktur, der Finanzinstitutionen und der Energiewirtschaft sollen der öffentlichen Hand zugeführt werden. Zur im Grundgesetz zwingend vorgesehenen Entschädigung bei Enteignungen schweigt dagegen das Programm.

Der von ihr angestrebte „Systemwechsel“ zielt aber nicht nur auf die Überwindung der wirtschaftlichen, sondern auch der gesellschaftlichen Ordnung. So fordert die Linkspartei bereits in der Präambel ihres Grundsatzprogramms „ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den

demokratischen Sozialismus“. Was zumindest die Vorsitzende der Partei unter dieser Formel versteht, ist spätestens seit der Aufforderung von Gesine Löttsch in einem Beitrag der linksextremistischen „Jungen Welt“ klar, nämlich neue „Wege zum Kommunismus“ zu suchen.

Eine kritische Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit findet im Grundsatzprogramm nicht wirklich statt. Zwar werden die staatliche Willkür in der DDR und der „Aufbau eines staatlichen Überwachungsapparates gegen die eigene Bevölkerung“ kritisiert. Zugleich wird aber vermieden, die Institutionen beim Namen zu nennen, von denen die Willkür letztendlich ausging, nämlich die SED und ihre Staatssicherheit. Im direkten Anschluss an die Kritik werden die kulturellen Güter der DDR aufgezählt und so der Fokus nach der kritischen Alibianmerkung wieder auf die positiven Aspekte der DDR-Geschichte gelenkt, auf die dann umso ausführlicher eingegangen wird.

Erwartungsgemäß zufrieden zeigten sich die offen extremistischen Strömungen innerhalb der Partei mit dem Grundsatzprogramm. In einem Beitrag zum Parteitag bringt die Sprecherin der Kommunistischen Plattform, Ellen Brombacher, ihr Lob auf den Punkt, wenn sie schreibt: „Das beschlossene Parteiprogramm orientiert letztlich auf einen Systemwechsel – die Überwindung der Diktatur des Profits.“ Auf dem Parteitag war es zudem Saha Wagenknecht, die die Gefahr erkannte, dass ein innerparteilicher Flügelkampf um das Programm die Parteien politisch paralysieren würde. Sie forderte: „Wir brauchen kein Programm, in dem eine Richtung knappe Siege über eine andere davonträgt. Wir brauchen ein Programm, wo die große Mehrheit der Mitglieder sich wiederfindet.“

Das verabschiedete Grundsatzprogramm wurde innerparteilich zu einem Kompromiss zwischen den beiden Flügeln: inhaltlich vom traditionalistischen

Flügel dominiert, sprachlich vom realpolitisch orientierten formuliert. Von einem entschärften oder gar „sozialdemokratischen“ Programmwurf – wie zuvor vielfach angenommen – kann somit nicht gesprochen werden. Vielmehr ist es ein negatives Konvolut von Forderungen, denn Die Linke sagt in erster Linie wogegen, aber kaum wofür sie ist. Somit konnte auch das Erfurter Grundsatzprogramm nicht die Ambivalenz zwischen Fundamentalopposition und realpolitischer Mitverantwortung für das Land innerhalb der Linkspartei beseitigen.

Führungsfragen

Schon nach den Wahlen 2009 und 2010 der Aufstieg der Partei nahezu unaufhaltsam und eine Regierungsbeteiligung oder ein Ministerpräsidentenamt für Die Linke nur eine Frage der Zeit, so fand diese Entwicklung im Jahre 2011 ein vorläufiges Ende. Militärisch knapp stellte ihr stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion, Dietmar Bartsch, fest: „Der Vormarsch der Linken ist seit reichlich einem Jahr ins Stocken geraten.“

Verantwortlich hierfür ist nicht nur das Programm, das für eine Regierungsbeteiligung für die Sozialdemokraten unannehmbare Forderungen stellt. Dramatisch für die Politik der Partei ist, dass sie im außerparlamentarischen Raum nirgends mehr über die Meinungsführerschaft in den zentralen politischen Themenfeldern verfügt. Die Linke hat durch diese Entwicklung eine Richtung eingeschlagen, in der künftig eine destruktive Fundamentalopposition im Vordergrund ihrer Politik stehen könnte. Dadurch hat sie, zumindest im Bund, auf lange Sicht jegliche Koalitionsfähigkeit verloren. Personalisierter Ausdruck dieser Entwicklung ist der Aufstieg der ehemaligen Sprecherin der Kommunistischen Plattform Sahra Wagenknecht zur stellvertretenden Partei- und Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag. Sie und ihr politischer

Mentor Oskar Lafontaine stehen somit am Ende des Jahres 2011 symbolisch für eine Linkspartei, die in sich in erster Linie als eine „Dagegen-Partei“ versteht – gegen die Übernahme politischer Verantwortung, gegen die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik und in der Konsequenz gegen den demokratischen Verfassungsstaat.

Trotz der programmatischen Festlegung ist das letzte Wort über die politische Ausrichtung der Partei aber noch nicht gesprochen; das Gewicht der in der Regel pragmatischen Funktions- und Mandatsträger in der Partei sollte nicht unterschätzt werden. Mit Dietmar Bartsch hat dieser realpolitische Flügel einen ausgewiesenen Politiker, der vor 1989 seine akademische Ausbildung noch in der Sowjetunion absolvierte. Er ist nach Gesine Löttsch der zweite Funktionär der Linkspartei, der sich offiziell um den Vorsitz der Partei bewirbt und zudem einen Mitgliederentscheid für diese Position einfordert.

Im Mai 2012 wählt Die Linke eine neue Parteispitze. Von ihr wird es im entscheidenden Maße abhängen, wie die Partei die Schlüsselfrage künftig beantwortet, die Bartsch in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* vom 26. September 2011 so formuliert hat: „Wollen wir eine Perspektive als demokratisch-sozialistische, gestaltende Partei, die Regierungsverantwortung anstrebt – oder sehen wir uns als Totalopposition in einem Kampf: Wir gegen alle anderen?“ Folgt seine Partei der ersten Option, so dürfte Die Linke irgendwann auf dem Boden des Grundgesetzes ankommen. Geht sie weiter in Richtung Totalopposition, dürfte dagegen der Weg ins Sektierertum vorprogrammiert sein.

Derzeit hat sich die Rolle der Linkspartei im Parteiensystem dahin gehend verschoben, dass sie an den politischen Rand gerückt ist. Genau diesen Weg ins vorprogrammierte Abseits will Bartsch verhindern. Es war die gleiche *Süd-*

deutsche Zeitung, die geradezu hoffnungsfroh auf das kommende Führungsduo der Linken setzte, damit die Linkspartei ihren „Vormarsch“ fortsetzen könne: Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht. Mit Bartsch wäre es möglich, spekuliert das Blatt, „den bisher verbauten Weg zu einem linken Bündnis“ zu öffnen.

Während jedoch die Sozialdemokratie durch ihr Abrücken von der Agenda 2010 ihres früheren Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Gerhard Schröder verloren gegangenes Terrain links von der politischen Mitte zurückerobern und einen erneuten Schulterschluss mit den Gewerkschaften vollziehen konnte, musste sich Die Linke auf ihrem Parteitag mit einem Grußwort des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer zufriedengeben, in dem dieser den Charakter der unabhängigen Einheitsgewerkschaft hervorhob und die Kooperation mit allen politischen Parteien betonte. Aber auch ohne diese tektonische Verschiebung wäre eine Kooperation zwischen SPD und Der Linken weiterhin mehr als problematisch, denn das Verhältnis beider Parteien zueinander ist eher durch Konkurrenz als durch Kooperation geprägt. So wählte Die Linke mit Erfurt bewusst den Tagungsort für ihren Programmparteitag 2011, an dem die SPD beinahe auf den Tag genau vor 120 Jahren nach Aufhebung von Bismarcks Sozialistengesetz ihr marxistisch geprägtes Erfurter Programm beschlossen hatte. Die Linke beanspruchte mit dieser Ortswahl sehr bewusst die sozialistische Traditionslinie der deutschen Arbeiterbewegung für sich. Auch mit der in Erfurt beschlossenen Forderung nach Einrichtung von Willy-Brandt-Friedenskorps versucht die Linkspartei gezielt, Schlüsselpersonen der deutschen Sozialdemokratie für sich zu reklamieren. Gysi ging auf dem Parteitag noch einen Schritt weiter, er behauptete angesichts des Bekenntnisses der SPD zur NATO und zu militärischen Einsätzen der Bundeswehr

als Ultima Ratio der Politik: „Willy Brandt gehört uns!“

Gleichwohl hat sich seit 1989 für die PDS/Die Linke an einem Faktum nichts geändert: Ohne eine Koalition mit der SPD kommt Die Linke in Deutschland nicht in die Regierungsverantwortung.

Die Last der Geschichte

Das politische Schicksal der Linken hängt weitgehend vom Verhältnis der Deutschen zum Kommunismus als der neben dem Nationalsozialismus geschichtsprägendsten Weltanschauungsdiktatur des zwanzigsten Jahrhunderts ab. Der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur bestimmte auch die Systemkonkurrenz zwischen der Bundesrepublik und der DDR, die bis zur friedlichen Revolution 1989 ein SED-Staat war. Die Geschichte der DDR ist immer noch eine Hypothek für Die Linke, ein Prüfstein für ihre demokratische Glaubwürdigkeit nach dem Ende der SED-Diktatur.

Allein schon aus diesem Grund hat sie ein anderes Verhältnis zur Geschichte und dem Umgang mit ihr als demokratische Parteien, die programmatisch auf Zukunftsgestaltung ausgerichtet sind. Die Geschichte der DDR ist immer noch ein Hindernis für die Partei, um als gleichberechtigte politische Kraft im Parteiensystem wirken zu können. Der antifaschistische Kampf der Kommunisten gegen Hitler diente ihr vor allem 1989/90 als Legitimation für die untergegangene DDR. Er muss bis heute auch dazu herhalten, dass die PDS beziehungsweise Die Linke der Debatte über die Errichtung der zweiten Diktatur in Deutschland nach Hitler durch Stalins deutsche Kader wie Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht politisch ausweichen kann. An die politischen Verbrechen der regierenden Kommunisten in der DDR erinnern heute Gedenkstätten wie die in Bautzen, Berlin-Hohenschönhausen und die Berliner Mauer.

Gregor Gysi mag deshalb auch lieber die „rebellische Kultur“ in Frankreich mit seiner ungebrochenen nationalen Kontinuität: „Die Franzosen lieben Jeanne d’Arc und Napoleon. Es gibt kaum zwei historische Figuren, die sich stärker voneinander unterscheiden.“ Ganz anders in Deutschland: Hier wird „jemand, der im Jahre 9 nach Christus im Teutoburger Wald gegen die Römer kämpfte, nach unseren heutigen politischen Positionen beurteilt. So geht das die ganze Geschichte durch. Die Franzosen kennen das überhaupt nicht. Mit einer linken Mehrheit könnte man in Deutschland nie eine Straße nach Otto von Bismarck benennen. Und ebenso undenkbar ist es, dass ein deutscher Regierungschef einen Kranz für Clara Zetkin an der Kremlmauer niederlegen würde.“ Dieser selektive Umgang mit unserer Geschichte geht Gysi „gegen den Strich“. Natürlich kennt er die Ursache für diesen Umgang der Deutschen mit ihrer politischen Geschichte. „Alles, was wir Deutschen waren, waren wir meistens extrem.“ Heute gilt dieses Urteil nicht mehr, so fährt er fort, es wäre schön, „wenn wir langsam damit anfangen würden, auch unsere Verhaltensmuster dementsprechend zu ändern“. Dieses grundsätzlich richtige Urteil über den Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte ist für Gysi natürlich auch eines über den Platz seiner Partei in diesem Land. Er fordert, ein objektiveres Bild der Geschichte der Deutschen zu entwickeln und es mit seinen Widersprüchen, Kriegen, Verbrechen, mit seinem Streit um die politischen Ordnungen der Deutschen und vor allem mit seinen wirtschaftlichen, kulturellen und technischen Leistungen den nachgeborenen Generationen zu vermitteln. Gysi verrät mit diesem Beitrag zur Geschichtspolitik im Land seine Sehnsucht nach Integration der Kommunisten in die Geschichte und vor allem in die Zukunft unserer Nation – die seine Partei natürlich mitbestimmen will.

Auch das Erfurter Grundsatzprogramm konnte die Ambivalenz der Linkspartei zwischen Fundamentalopposition und einer realpolitischen Mitverantwortung für das Land nicht beseitigen. Dies kann auch so lange nicht geschehen, wie sich die Partei in der Grundfrage der demokratischen Verfassung nicht eindeutig positioniert. Als ehemalige Diktaturpartei wird und muss sie immer an der Frage gemessen werden: Wie hältst du es mit der Diktatur als möglichem Ziel der Partei? Erst wenn Die Linke darauf eine eindeutige Antwort zu geben in der Lage ist und sich unmissverständlich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennt, kann sie für sich beanspruchen, in der Bundesrepublik und somit in der Demokratie angekommen zu sein.

Offene Zukunft

Wohin der Weg die Linkspartei 2012 führen wird, hängt insbesondere davon ab, wie die Partei ihre Führungsfrage beantwortet. Entscheidend wird dabei sein, ob sich neben den Traditionalisten auch die Reformer in der künftigen Parteispitze wiederfinden. Zwar zeichnet sich gegenwärtig mit Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch eine Führungsspitze ab, die beide Flügel der Partei repräsentieren könnte. Doch bis zum Göttinger Parteitag im Juni 2012 bleiben die Führungsfrage und die Form ihrer Lösung, sei es über einen Mitgliederentscheid und/oder ein Parteitagsvotum oder über „Hinterzimmerrunden“, wie bei der Entscheidung über die aktuellen Parteivorsitzenden geschehen, offen – und somit auch der künftige Kurs der Linkspartei und dessen inner- wie außerparteiliche Akzeptanz. Davon wird es auch letztlich abhängen, ob die Partei Die Linke eine Randpartei bleibt oder ob sie wieder an politischer Bedeutung gewinnt und zum berühmten „Zünglein an der Waage“ bei der parlamentarischen Mehrheitsbeschaffung werden kann.